

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - StBV/016(VI)/16			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss f. Stadtentw., Bauen und Verkehr	Donnerstag,  11.02.2016	Baudezernat - Mensa An der Steinkuhle 6 39128 Magdeburg	17:00Uhr	19:20Uhr

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung**

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Empfehlungen des Gestaltungsbeirates  
VI/03
  - 3.1 Projekt 09/2016 – Bauvorhaben Budenbergstraße/Coquiststraße in  
Magdeburg - Buckau
  - 3.2 Projekt 10/2016 – Vorentwurf zum Bebauungsplan Nr. 236-1  
„Jakobstraße“ in Verbindung mit dem Vorentwurf Rahmenplan  
Innenstadt“ Stand 12/2011 in Magdeburg – Altstadt
- 4 Genehmigung der Niederschrift vom 14.01.2016
- 5 Denkmale und verwaarloste Immobilien  
Amt 63, Amt 61

- |       |   |           |
|-------|---|-----------|
| 6     | Lenkungsausschuss Buckau<br>Amt 61, BauBeCon  |           |
| 7     | Beschlussvorlagen   |           |
| 7.1   | Aufstellung des einfachen Bebauungsplanes Nr. 476-1<br>"Mariannenviertel"<br>Amt 61   | DS0429/15 |
| 7.2   | Satzung für das Sanierungsgebiet "Sudenburg Nord" im<br>vereinfachten Verfahren nach § 136 BauGB i.V. m. § 142 (4)<br>BauGB<br>Amt 61 | DS0571/15 |
| 8     | Anträge   |           |
| 8.1   | Radverkehr auf dem Nordabschnitt ganzjährig sichern<br>Bündnis 90/Die Grünen  | A0141/15  |
| 8.1.1 | Radverkehr auf dem Nordabschnitt ganzjährig sichern<br>Amt 66   | S0018/16  |
| 9     | Informationen   |           |
| 9.1   | Bessere Ausleuchtung der Fahrradstraße zwischen Europaring und<br>Pestalozzistraße<br>Amt 66  | I0298/15  |
| 9.2   | Städtebaulicher Rahmenplan Rotehorninsel<br>Amt 61  | I0329/15  |
| 9.3   | Kreisverkehre<br>Amt 61   | I0330/15  |
| 9.4   | Radwegverbindung von Lemsdorf nach Sudenburg<br>Amt 61  | I0336/15  |
| 10    | Mitteilungen und Anfragen   |           |

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Dr. Falko Grube

**Mitglieder des Gremiums**

Thomas Brestrich

Frank Schuster

Reinhard Stern  
Andrea Nowotny

**Vertreter**

Jürgen Canehl  
Christian Hausmann  
Dennis Jannack

**Geschäftsführung**

Corina Nürnberg

**Mitglieder des Gremiums**

Denny Hitzeroth  
Roland Zander  
Marcel Guderjahn  
Timo Gedlich

### 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

Der Ausschussvorsitzende **Stadtrat Dr. Grube** eröffnet die Sitzung. Er stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest und begrüßt die Anwesenden.

### 2. Bestätigung der Tagesordnung

---

**Stadtrat Assmann** wird als Antragsteller den Antrag A0141/15 einbringen. Redebedarf besteht zu den Informationen I0329/15 und I0336/15.

**Herr Dr. Scheidemann** (BG VI) teilt mit, dass die Vertreter des Gestaltungsbeirates noch nicht anwesend seien und bittet um Verschiebung des TOP bzw. Anpassung der Tagesordnung.

Die Tagesordnung wird ungeändert bestätigt, die Reihenfolge der TOP dementsprechend angepasst.

Abstimmung: 7-0-0

### 3. Empfehlungen des Gestaltungsbeirates

---

**Stadtrat Hausmann** nimmt ab 17:15 Uhr an der Sitzung teil.

Die Empfehlungen des Gestaltungsbeirates werden zur Kenntnis genommen.

#### 3.1. Projekt 09/2016 – Bauvorhaben Budenbergstraße/Coquiststraße in Magdeburg - Buckau

---

**Herr Schagemann** (Vorsitzender Gestaltungsbeirat) führt zu den Empfehlungen des Gestaltungsbeirates aus.

**Stadtrat Canehl** fragt, was der Gestaltungsbeirat zur Bebauungsdichte (ca. 20 Wohneinheiten) für eine Meinung habe.

**Herr Schagemann** sieht darin kein Problem. Dem Gestaltungsbeirat fehle eher eine Dichte im städtebaulichen Sinne.

**Stadtrat Canehl** stellt fest, dass eine vollständige Bebauung des Grundstückes geplant sei.

**Herr Schagemann** verneint dieses und verweist auf die ungünstige Darstellung in den Planungsgrundlagen.

**Stadtrat Stern** hinterfragt eine mögliche Berücksichtigung alter historischer Wegebeziehungen. Solche Unterlagen seien nicht bekannt gewesen, so **Herr Schagemann**.

**Herr Herrmann** (stellv. AL 61) informiert, dass die „Alte Manufaktur“ auf der Fläche der Kindertagesstätte zu sehen wäre.

Abschließend geht **Herr Dr. Scheidemann** (BG VI) auf das weitere Vorgehen ein. Mit dem Bauherrn sei abgestimmt, erst nach Vorstellung und Resonanz im Gestaltungsbeirat sowie dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr wieder das Gespräch zu suchen.

### 3.2. Projekt 10/2016 – Vorentwurf zum Bebauungsplan Nr. 236-1 „Jakobstraße“ in Verbindung mit dem Vorentwurf Rahmenplan Innenstadt“ Stand 12/2011 in Magdeburg – Altstadt

---

**Stadtrat Canehl** hinterfragt den aktuellen Stand zum „Rahmenplan Innenstadt“.

**Herr Dr. Scheidemann** (BG VI) verweist auf die Abhängigkeiten verschiedenster Planungen. Unterschiedliche Planungswerke, wie der Verkehrsentwicklungsplan (VEP) oder der Flächennutzungsplan (F-Plan) seien mit zu berücksichtigen. Der „Rahmenplan Innenstadt“ sei weiter im Fokus, teilt er abschließend mit.

**Stadtrat Canehl** geht auf die regen Bautätigkeiten/Planungen z.B. Stresemannstraße, SWM oder Danzstraße in der Innenstadt ein und vermisst einen „Rahmenplan Innenstadt“, als koordinierendes Instrument. Er stellt fest, die Verwaltung bearbeite Einzelvorhaben ohne große Linie. Dies sei in dieser Reihenfolge der falsche Weg.

### 4. Genehmigung der Niederschrift vom 14.01.2016

---

**Stadtrat Stern** bemängelt die unzureichende Beantwortung seiner Fragen bezüglich:

- der Erreichbarkeit Maybachstraße/Festungsanlagen;
- Investorenbegleiter;
- Vergleich Gestaltungssatzung Dresden – Magdeburg.

**Herr Schütt** (AL 63) hat noch eine Mitteilung hinsichtlich der Asbestberäumung an der Schönebecker Straße.

Zuständigkeitshalber habe das Bauordnungsamt (Amt 63) den Sachverhalt an das Umweltamt (Amt 31) weitergeleitet.

Er bittet jedoch um etwas detailliertere Informationen dazu und erkundigt sich bei **Stadtrat Canehl** nach weiteren Feststellungen/Beobachtungen.

Abstimmung: 5-0-2

### 5. Denkmale und verwahrloste Immobilien

---

Es sei kein neuer Sachstand zum Thema bekannt, teilt **Herr Herrmann** (stellv. AL 61) mit.

### 6. Lenkungsausschuss Buckau

---

**Frau Klein** (BauBeCon) führt zum aktuellen Stand der Baumaßnahme Schönebecker Straße 51 aus.

Eine Baugenehmigung für 2 Gebäude sei auf dem Grundstück erteilt.

Der Bauantrag zum teilweisen Lückenschluss an der Schönebecker Straße sei gestellt.

Das Bauvorhaben „Schnitter Kaserne“ liegt gut im Plan.

**Stadtrat Stern** verweist auf die Stadtratsbeschlüsse und hinterfragt die Berücksichtigung der Beschlüsse.

**Herr Dr. Scheidemann** (BG VI) verweist auf die Drucksache zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan, die sich im Verfahren befinde.

**Stadtrat Canehl** führt zu Fragen aus der GWA Sitzung hinsichtlich der Baumaßnahme Coquistraße aus und erkundigt sich nach dem Fertigstellungstermin der Kindertagesstätte.

**Frau Klein** teilt mit, die Baumaßnahmen Coquistraße habe mit dem 1. Bauabschnitt (BA) begonnen. Eine Vollsperrung sei zu Beginn der Maßnahme von den Anwohnern schlecht akzeptiert worden, jetzt sei aber der Baufortschritt gegeben.

Der 2. BA beinhaltet die Klosterbergestraße bis Budenbergstraße, Dorotheenstraße und Karl-Schmidt-Straße. Die Baumaßnahmen sollen im August 2016 beendet sein.

Fertigstellungstermin für die Kindertagesstätte an der Budenbergstraße sei April 2016, teilt **Frau Klein** abschließend mit.

## 7. Beschlussvorlagen

---

- 7.1. Aufstellung des einfachen Bebauungsplanes Nr. 476-1  
"Mariannenviertel"  
Vorlage: DS0429/15
- 

**Frau Heinicke** (Amt 61) erläutert die Planungsziele.

**Stadtrat Dr. Grube** erkundigt sich nach zukünftigen Wegebeziehungen zur Elbe.

Eine Verbindung besteht in Höhe des Martin-Gallus-Weges, jetzt soll im Osten eine Wegebeziehung/verbindung hergestellt bzw. gesichert werden, so **Frau Heinicke**.

**Stadtrat Dr. Grube** stellt fest, dass es in diesem Bereich aber eine vorhandene Bebauung gebe.

**Frau Heinicke** verweist auf vereinzelte Baulücken, die bestehen. Hiermit soll nun die Möglichkeiten zur Schaffung einer Wegeverbindung in Richtung Salbker See geprüft werden.

**Stadtrat Jannack** verweist auf Grünflächen im Bereich Hermannstraße, die genutzt werden könnten. Es solle lieber eine Wegebeziehung weiter südlich geprüft werden, stellt er fest.

Abstimmung zur DS0429/15: 8-0-0

- 7.2. Satzung für das Sanierungsgebiet "Sudenburg Nord" im vereinfachten Verfahren nach § 136 BauGB i.V. m. § 142 (4) BauGB  
Vorlage: DS0571/15
- 

**Herr Herrmann** (stellv. AL 61) erläutert die Planungsziele und verweist auf die Anlage 4 zur Drucksache.

Hauptziel aller Sanierungsmaßnahmen soll es sein, das Quartier als Wohn-, Geschäfts- und Gewerbestandort zu stärken. Dabei sollen die vorhandenen Siedlungsstrukturen mit mehrgeschossigen Wohnbebauungen erhalten bleiben.

Funktionsschwächen seien zu beheben, damit das Gebiet für die Einwohner und Zuzügler wieder an Attraktivität gewinne. Dieses soll u.a. durch die Erweiterung und Aufwertung des

öffentlichen Raumes erfolgen, insbesondere sollen die derzeitigen Defizite an öffentlichen Grünflächen sowie Spielplätzen ausgeglichen werden.

Abschließend verweist er auf §142 (3) Satz 3 BauGB. Demnach sei nur innerhalb von 15 Jahre die Sanierung zu realisieren.

**Stadtrat Schuster** geht auf die schlechte Versorgung mit Internet in diesem Bereich ein und fragt, ob dieses mitbetrachtet werde.

**Herr Herrmann** verweist auf den Mangel an gesetzlichen Möglichkeiten zur Regulierung im Telekommunikationsbereich.

**Herr Dr. Scheidemann** (BG VI) werde den Sachverhalt aufgreifen. Nach der Novellierung des Kommunikationsgesetzes kann jedoch die Gemeinde schwerlich in den Markt eingreifen.

**Stadtrat Brestrich** hinterfragt die Hintergründe der Abgrenzung des Sanierungsgebietes (U-Form).

**Herr Herrmann** erläutert und verweist auf den Ausschluss von Kleingartenanlagen bzw. bereits sanierter Gebäude im Bereich.

**Herr Dr. Scheidemann** kann sich eine schrittweise Erweiterung des Gebietes bei Bedarf vorstellen und verweist auf die Anpassungsgebiete für Rothensee in diesem Zusammenhang. Momentan sei es eine Frage der Koordinierung, jedes einzelne Haus muss erfasst werden.

Abstimmung zur DS0571/15: 8-0-0

## 8. Anträge

---

### 8.1. Radverkehr auf dem Nordabschnitt ganzjährig sichern Vorlage: A0141/15

---

**Stadtrat Canehl** spricht sich dafür aus, dem Vorsitzenden des ADFC das Rederecht zu erteilen. Die **Stadträte** stehen dem Vorschlag eher ablehnend gegenüber und sprechen sich dagegen aus.

**Stadtrat Assmann** bringt seinen Antrag ein, u.a. geht er auch auf eine mögliche Förderung des Einzelhandels in diesem Bereich durch Fahrradfahrer ein.

**Stadtrat Dr. Grube** hinterfragt den Antrag und seine möglichen Folgen. Er möchte wissen, ob dieser auch Auswirkungen auf den Weihnachtsmarkt haben werde. Er fragt den Antragsteller, welche Wegführung aus seiner Sicht dann in Frage kommen würde oder ob der Weihnachtsmarkt ganz verlegt werden solle.

**Stadtrat Canehl** wiederholt die Intention des Antrages. Er teilt mit, dass die Diskussionen um den Weihnachtsmarkt nicht vom ADFC aus gehen und verweist auf die mangelhafte Ausschilderung der Umleitungsstrecke, die anders mit dem ADFC abgestimmt gewesen sein solle. Die vorhandene Umleitungsstrecke sei ein Resultat der AG Radverkehr.

**Stadtrat Dr. Grube** wiederholt daraufhin noch einmal seine Fragen.

**Stadtrat Assmann** könnte sich eine andere Anordnung der Weihnachtsmarktstände im betroffenen Bereich vorstellen oder eine Platzierung der Buden in Richtung Rathaus (Riesenrad). Der Markt soll nicht weg, sondern nur anders angeordnet werden.

**Herr Gebhardt** (AL 66) geht auf die unterschiedliche Wegesituation im Bereich Breiter Weg ein.

1. Breiter Weg – Ernst-Reuter-Allee
2. Breiter Weg – Julius-Bremer-Straße

Dem ADFC sollte auf keinen Fall der schwarze Peter zugeschoben werden, stellt **Herr Gebhardt** fest. Er geht auf die Fußgängerzone in diesem Bereich ein, Radfahrer dürfen auf der Ostseite den Weg mitbenutzen.

Viele Radfahrer seien aber leider oft sehr schnell unterwegs und das wäre gerade auch zum Weihnachtsmarkt sehr konfliktbeladen.

Auch ohne Sonderveranstaltungen sei die Situation problematisch. Die Flächenaufteilung für Nutzer – Radfahrer und Fußgänger sei gegenüber der Straßenbehörde zu rechtfertigen.

**Stadtrat Stern** stellt fest, der Fußgänger sei in diesem Bereich immer der Verlierer. Er verweist auf den § 1 StVO gegenseitige Rücksichtnahme und stellt fest, dass das oftmals ignoriert werde. Eine Entwicklung zur Einkaufszone für Radfahrer in diesem Bereich, kann er sich eher nicht vorstellen. Er könnte sich eine Einschränkung bzw. Herausnahme/Rücknahme des Radverkehrs in diesem Bereich vorstellen, eine Umfahrung des Gebietes sei zu prüfen. Er werde den Antrag ablehnen. „Rowdymanieren“ kann er nicht tolerieren. Die Entwicklung zu einer attraktiven Fußgängerzone sollte im Fokus stehen.

**Stadtrat Canehl** geht auch auf Probleme der Ausschilderung des Breiten Weg Südabschnitt ein. Hier besteht keine Radwegbenutzungspflicht, man kann, muss aber nicht. Den Fußgängern im Bereich Julius-Bremer-Straße/Breiter Weg solle deutlich gemacht werden, dass ein Radweg vorhanden sei, er spricht sich für Piktogramme oder ähnliche Aufmerksamkeitszeichen aus, die sich vor dem Allee-Center bewährt haben. Klare Spuren für den Radfahrer sollte das Ziel sein.

**Stadtrat Assmann** verweist auf den Tourismusaspekt (Tourismusstrecke) und spricht sich für das Ziel ein gleichberechtigtes Miteinander aus. Der Antrag soll als Anstoß gesehen werden.

Die Forderung auf den Fußgänger einzuwirken weicht die Fußgängerzone auf. Die Sicherheit für den Fußgänger kann so nicht gewährleistet werden, stellt **Stadtrat Hausmann** fest.

**Stadtrat Dr. Grube** hinterfragt die theoretische Möglichkeit einer Ausweisung eines reinen Radweges.

**Herr Gebhardt** sieht bei einer Radwegausweisung erhebliche Nachteile, diese würden den den Breiten Weg als Fußgängerzone zerschneiden. Damit würden dann viele Radfahrer noch schneller in diesem Bereich unterwegs sein und der Fußgänger wäre noch gefährdeter. Die vorhandene Verkehrssicherheit muss im Bereich der Fußgängerzone unter weiterer Mitnutzung des Radverkehrs verbessert werden

**Stadtrat Schuster** stellt fest, es handelt sich um einen Fußgängerzone, in diesem Bereich seien auch immer viele Familien mit Kindern unterwegs und mit einer Ausweisung eines Radweges wäre das Gefährdungspotenzial für die Fußgänger noch höher.

Er spricht sich für Beibehaltung der jetzigen Situation aus, so besteht eine gewisse Rechtssicherheit, vor allem für die Fußgänger. Der Radfahrer muss in diesem Bereich sehr aufmerksam unterwegs sein. Eine Beschilderung zugunsten von Radfahrern lehnt er ab. In den Wintermonaten/Weihnachtszeit sei außerdem ein geringerer Radverkehr feststellbar. Den Ausführungen von **Stadtrat Stern** stimmt er zu und werde den Antrag ebenfalls ablehnen. Eine alternative Streckenführung sei für ihn vorstellbar.

Möglichkeiten zur Verbesserung der Umleitungsstrecke in der Weihnachtszeit sollen durch die Verwaltung geprüft werden.

**Stadtrat Canehl** geht noch einmal auf die Aufmerksamkeitszeichen, Piktogramme ein. Alternativ regt er den Rückbau der Pflasterung an.

**Herr Gebhardt** geht auf die farbige Pflasterung in diesem Bereich ein und stellt klar, dass es sich hier um die Feuerwehrezufahrt zum Breiten Weg handelt. Piktogramme mit Radweginhalten würden aus Sicht von **Herrn Gebhardt** zu einer Verschärfung des schon vorhandenen Konfliktes zwischen den in der Fußgängerzone zu schnell fahrenden Radfahrern und den Fußgängern führen. Deshalb sollten zur Verringerung der Konflikte ggf. Piktogramme mit Fußgängersymbolen aufgebracht werden.



Piktogramme als Modellversuch in diesem Bereich einzuarbeiten sei ein Thema für die AG Radverkehr und er werde den Vorschlag mitnehmen.

**Stadtrat Dr. Grube** spricht sich gegen eine reine Fußgängerzone aus. Der Weihnachtsmarkt darf auch nicht zugunsten von Radfahrern geopfert werden. In der Weihnachtszeit seien diese Beeinträchtigungen hinnehmbar. Als Radfahrer hege er eine gewisse Grundsympathie für den Antrag, aber zustimmen kann er dem Antrag nicht.

Abstimmung zum Antrag A0141/15: 2-5-1 nicht empfohlen

8.1.1. Radverkehr auf dem Nordabschnitt ganzjährig sichern  
Vorlage: S0018/16

---

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

9. Informationen

---

9.1. Bessere Ausleuchtung der Fahrradstraße zwischen Europaring  
und Pestalozzistraße  
Vorlage: I0298/15

---

**Stadtrat Stern** verlässt um 18:15 Uhr die Sitzung.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

9.2. Städtebaulicher Rahmenplan Rotehorninsel  
Vorlage: I0329/15

---

**Herr Dr. Scheidemann** (BG VI) geht auf den Hintergrund der Information ein. Er verweist auf die Zurückstellung der Drucksache aufgrund erheblicher Diskussionen in den Ausschüssen. Die vorliegende Information soll der Vorabinformation dienen. Die dazugehörige Drucksache werde demnächst wieder eingebracht.

**Stadtrat Dr. Grube** bittet nur um Ausführungen zu den jeweiligen Kritikpunkten.

**Frau Keller** (Amt 61) geht die einzelnen Kritikpunkte der Drucksache durch und erläutert den Stand dazu.

Kritikpunkte waren u.a.:

- Geplante Erschließung des Stadtparks über die verlängerte Stadtparkstraße mit Anbindung Strombrückenzug;
- Zu starke Reglementierung des motorisierten Individualverkehrs durch Rahmenplan;
- Ruhender Verkehr;
- Gastronomie im Fort II;
- Aufwertung Hyparschale;

**Stadtrat Schuster** fragt, ob mobile Gastronomie in den Sommermonaten im Park angeboten werden könne.

Des Weiteren kritisiert er die Situation an der Fähre Buckau. Feste Fahrzeiten an bestimmten Tagen wären aus seiner Sicht hilfreich für potenzielle Nutzer. Autoverkehr im Stadtpark soll ausgeschlossen bleiben.

**Stadtrat Canehl** sei mit dem Rahmenplan zufrieden. Hauptfragen wie z.B. der Umgang mit der Hyparschale oder Stadthalle müssen im Rahmenplan verankert werden.

Die Verkehrsberuhigung sei gut, allerdings habe er sich in Bezug auf den Hotelneubau mehr versprochen.

Des Weiteren geht er auf die Situation Am Winterhafen (ehemals Bauhof) ein und spricht sich u.a. auch für einen innenstadtnahen Campingplatz an dieser Stelle aus. Das Gebiet Am Winterhafen solle nicht vorrangig als Baugebiet betrachtet/entwickelt werden.

Abschließend spricht er sich für die Sicherung und Erhalt wenigstens der 6 Pfeiler/Pfosten der ehemaligen Kanonenbahn aus, mit Ziel einer Geh- und Radwegeverbindung über die ehemalige Bahntrasse.

**Herr Dr. Scheidemann** verweist auf Antragstellung zur Drucksache um den Erhalt der Pfeiler zu sichern.

Im Sinne des Hochwasserschutzes spricht er sich aber gegen einen Verbleib der Pfeiler in der alten Elbe aus.

**Stadtrat Brestrich** bittet um Aussagen über mögliche Entwicklungen des Winterhafens.

**Herr Dr. Scheidemann** verweist auf verschiedenste Randbedingungen (Verkehrsanbindung, Zentralisierung Bauhöfe), die noch abschließend zu klären seien.

**Stadtrat Dr. Grube** begrüßt die Absicht einen Wettbewerb für das Stadthallenareal/Hyparschale durchzuführen. Problematisch sieht er aber die Errichtung von Einstellplätzen auf der Fläche, im Flächendenkmal. Damit werde erhebliche Aufenthaltsqualität verloren gehen. Er könne sich ein Parkhaus mit Anschluss an das Stadthallenareal vorstellen.

**Stadtrat Canehl** geht noch einmal auf die Kanonenbahn ein und verweist darauf, dass er den Hochwasserschutz auch mit beachte. Er sieht es als eine mögliche Option die Pfeiler zu erhalten und verweist auf den Erhalt eines Baudenkmales. In diesem Zusammenhang hinterfragt er die Eigentumsverhältnisse sowie mögliche Anträge zum Abbruch der Brücke bzw. erkundigt er sich nach momentanen Auflagen.

Der Verwaltung sei kein Abbruchartrag bekannt, so **Herr Dr. Scheidemann**. Es gehe nur um Hinweise zum Hochwasserschutz.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

9.3. Kreisverkehre  
Vorlage: I0330/15

---

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

9.4. Radwegverbindung von Lemsdorf nach Sudenburg  
Vorlage: I0336/15

---

**Herr Schröter** (Amt 61) bringt die Information ein.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

## 10. Mitteilungen und Anfragen

---

**Stadtrat Dr. Grube** verweist auf Aussagen in der GWA Altstadt zu Parkplatzproblemen im Bereich Planckstraße.

**Herr Dr. Scheidemann** (BG VI) informiert, dass die Verwaltung bereits an einer Lösung arbeite. Er verweist auf ein verändertes Parkverhalten. Der Parkplatz im Bereich Sternbrücke wird momentan nicht so angenommen, wie die Verwaltung erhofft habe.

Des Weiteren hinterfragt **Stadtrat Dr. Grube** den zeitlich begrenzten Ausschluss (15:15 Uhr – 17:15 Uhr) von Radfahren bei der ausgewiesenen Umleitungsstrecke durch den Fußgängertunnel des Magdeburger Bahnhof.

**Herr Dr. Scheidemann** verweist auf das Havariekonzept der Deutschen Bahn, hier sei das Eisenbahnbundesamt zuständig. Wegen der vielen zu erwartenden Passanten um diese Zeit dürfe aus Sicherheitsgründen von 15.15 Uhr bis 17.15 Uhr nicht mit dem Rad der Tunnel passiert werden.

**Stadtrat Dr. Grube** fragt, ob die Sperrung auch am Wochenende gelte.

**Herr Gebhardt** (AL 66) werde den Sachverhalt prüfen und zum Protokoll zuarbeiten. Er verweist auf die momentane Gutachterannahme, die zu dieser Beschränkung führe. Das Passantenaufkommen werde momentan mit erfasst, um gegebenenfalls bzw. möglichst auf die bisherige, zeitweise Sperrung für Fahrradfahrer nach erfolgter Auswertung der tatsächlichen Besucherfrequenzen verzichten zu können.

Die zeitweise Sperrung erfolgte laut Havariekonzept wochentags, von Montag bis Samstag.

**Stadtrat Canehl** schildert aus Sicht von Fußgängern/Touristen die unzureichenden Ausschilderungen der Umleitungsführung bei der Baumaßnahme Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee und bittet um Überprüfung der Ausschilderung. Er verweist auf die Umleitungsführung durch das City-Carre und bemängelt, dass dieses aber am Sonntag geschlossen sei. Er bittet um Verbesserung der Situation (Öffnung City Carré auch am Sonntag) gegebenenfalls mit Unterstützung von Wachdienst.

**Herr Gebhardt** geht auf die vorhandene Beschilderung der Umleitungsstrecken ein und auf die Möglichkeiten mittels Wachdienst das City Carré offen zu halten/sichern. Bei der Schließung des City Carrés sei der kürzeste Weg nicht mehr möglich, aber für die Radfahrer zumutbar. Die Finanzierung des Wachdienstes sei schwer vorstellbar. Die vorhandene Beschilderung für Fußgänger und Fahrradfahrer sei aus seiner Sicht ausreichend.

**Stadtrat Schuster** bittet um Vorstellung der Planungen am Hopfenplatz. Momentan sei das Gelände sehr ungepflegt und wird zum Parken genutzt. Er verweist auf Gerüchte die kursieren und bittet um eine Zwischeninformation hier im Ausschuss.

**Herr Dr. Scheidemann** lässt Sachverhalt prüfen.

*Stellungnahme Amt 61:*

*Der Hopfenplatz ist in Privatbesitz und in zwei Grundstücke geteilt. Die Grundstücke gehören unterschiedlichen Eigentümern. Die Absichten der Eigentümer sind der Verwaltung nicht bekannt.*

Des Weiteren geht **Stadtrat Schuster** auf den schlechten Straßenzustand im Bereich der alten Siedlung Am Hopfengarten ein. Hier sollen die letzten Strommasten entfernt werden und er fragt, was wird aus der Straßenbeleuchtung, die mit an den Strommasten integriert sei. Er bittet die Verwaltung die Straße unbedingt vor dem Beginn der Baumaßnahme in Augenschein zu nehmen.

**Herr Gebhardt** verweist auf die Zuständigkeit der SWM. Er werde spätestens im nächsten StBV zum Sachverhalt ausführen.

*Stellungnahme Amt 66:*

*Im Ergebnis einer durchgeführten Prüfung für das Jahr 2016 beantragter SWM – Maßnahmen beabsichtigen die SWM eine Freileitungsablösung in den Straßen "Im Rosenwinkel" und im "Rosenweg". Für beide Straßen besteht ein Koordinierungsbedarf zwischen den SWM und dem Tiefbauamt. Im Zuge der von SWM geplanten Freileitungsablösungen werden neue Straßenbeleuchtungsanlagen installiert.*

*Ein Ausbau der kompletten Gehwege ist nicht geplant und wird nicht erfolgen.*

*Exakte Trassenanträge zur geplanten Freileitungsablösung liegen dem Tiefbauamt noch nicht vor.*

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Falko Grube  
Vorsitzende/r

Corina Nürnberg Christina Ihl  
Schriftführer/in